

# Widersprüche in der LINKEN

*Stefan Hartmann, Mitglied des Parteivorstands der LINKEN, reagiert auf den Artikel von Ralf Becker an dieser Stelle in der Ausgabe Januar-Februar*

Das Lesen der ersten Ausgabe unserer Landeszeitung in diesem Jahr erinnerte mich an Wilhelm Busch. Mit „Ach was muß man oft von bösen Kindern hören oder lesen! ...“ begann dieser seine Verse über „Max und Moritz“. In Ralf Beckers Artikel „Neoliberalismus im Mantel der „LINKEN“ wird dessen Bewertung einiger politischer Positionen von Axel Troost, stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN, zum Besten gegeben. Die Vergleiche und Urteile, die Becker benutzt beziehungsweise fällt, haben es in sich. Axel Troost wird mit „Don Quichote“, „politischer Scharlatanerie“ und „keine wissenschaftliche Gesellschaftserkenntnis“ qualifiziert. Und es geht weiter mit der Einordnung Axels in den „neoliberalen Medienklub“, ihm wird vorgeworfen, er sei „vorgeonnen blockiert“, „Beton-Köpfig...wie zu SED-Zeiten“, er denke wie „Honecker und Co. bis zuletzt“, „treibe den Spaltpilz“ und hätte das „Klassenziel nicht erreicht“. Zusammengefasst entsteht das Bild eines bössartigen Idioten, zu dem im Vergleich „Max und Moritz“ als freundliche Intellektuelle erscheinen.

Inhaltliche und methodische Konflikte sind in unserer Partei DIE LINKE nicht ungewöhnlich. Vielmehr ist es so, dass ein Blick auf die letzten drei Jahrzehnte linker Politik in Deutschland immer auch sehr grundsätzliche innerparteiliche Auseinandersetzungen zu Tage fördert. Als Beispiele können die Auseinandersetzungen um unsere Außenpolitik gelten mit dem Parteitag in Münster („Einzelfallprüfung“), die Differenzen zur Frage von Regierungseteiligungen und des Verhältnisses der Partei zum Parlamentarismus. Die verschiedenen Einschätzungen des Charakters der DDR, des real existierenden Sozialismus und unseres „unwiderruflichen Bruchs mit dem Stalinismus als System“ führten nicht nur anhand diverser Präambeln von Koalitionsverträgen zu innerem Streit. Diese Reihe kann fortgesetzt werden über sozialpolitische Grundhaltungen, die von erwerbsarbeitszentrierten Positionen bis zu denen der GrundeinkommensbefürworterInnen reichen, über die Auseinandersetzungen zur Drogenpolitik, das Verhältnis von Kirche beziehungsweise Religion und Staat und noch einiges mehr. Und in jeder dieser Auseinandersetzungen ging es wenigstens für



die Beteiligten um die Identität unserer Partei. Für alle Beispiele lassen sich Geschichten über parteiinterne Eskalationen erzählen, über Kämpfe, Siege, Niederlagen und Kompromisse.

In diesen Debatten greifen wir schnell zum ganz großen Kaliber der innerparteilichen Debatten. Wir argumentieren auf sehr grundsätzlichem Niveau, z. B. „keine zweite SPD werden zu wollen“, „unser friedenspolitisches (oder ein jeweils anderes) Alleinstellungsmerkmal“ aufzugeben, eine „Rechtsverschiebung“ zu verhindern und so weiter. Unsere Formelkompromisse sind im Verhältnis dazu dann manchmal überraschend simpel, ob nun z. B. beim Grundeinkommen (es gibt Menschen in der Partei, die ein BGE wollen) oder bei

der Haltung zur EU („Neustart der EU“). Aber bisher haben wir alle es dennoch immer wieder geschafft, die diesen Konflikten innewohnenden zentrifugalen Kräfte zu bändigen. Dabei war es selten genug der Fall, dass die AkteureInnen die jeweils andere Seite in der Sache überzeugen konnten. Vielmehr bilden für uns oft Formelkompromisse eine Rückzugslinie, auf die sich bezogen wird, bis die nächste Eskalation zum Thema eintritt. Wir haben es gelernt, die politische Pluralität der LINKEN zu ertragen, wir halten unsere Differenzen aus!

Unsere Mitglieder haben sehr verschiedene politische Biographien, die für ihre politische Identität von Bedeutung sind. Um schlaglichtartig an diese

Vielfalt zu erinnern, kann auf die politische Herkunft aus der SED, der PDS, der WASG, der SPD, den Grünen, der DKP und den Piraten, aus K-Gruppen oder aus „trozkistischen“ Organisationen verwiesen werden. Auf die politische Sozialisation in Gewerkschaften, Friedens-, Frauenrechts-, Bürgerrechts- oder ökologischen Bewegungen oder in Kultur und Wissenschaft. Diese einfache Aufzählung beschreibt bei weitem nicht die oftmals spannenden und widersprüchlichen persönlichen Wege in DIE LINKE. Deutlich wird damit jedoch, dass die historische Errungenschaft, in Deutschland eine wahrnehmbare und gesellschaftlich relevante linke Partei – links von SPD und Grünen – erkämpft zu haben, bei weitem keine Selbstverständlichkeit ist. Die immer wieder unsere Debatten, unsere Streite, unsere Konflikte prägenden grundsätzlichen Differenzen sind für uns wesentlich, in diesen kommt unsere Pluralität und damit die Möglichkeit unserer politischen Existenz jenseits immer kleiner werdender Splittergruppen zum Ausdruck. Dies zu ertragen und auszuhalten ist oft genug eine große persönliche Herausforderung, manchmal sogar eine Zumutung – und genau darin liegt eine der wichtigen Leistungen unserer Mitglieder. Nämlich darin, die Differenzen zu ertragen in dem Wissen, dass die Beseitigung der politischen Pluralität unserer Existenz das Fundament entzieht, ohne das ein anderes gelegt wäre.

Und genau deshalb ist Ralf Beckers Artikel inakzeptabel. Seine Karikatur von Axel Troost als honeckerartiger Betonkopf, als neoliberaler Don Quichote und spalterischer Trottel sprengt den Rahmen jeder vernünftigen Auseinandersetzung. Mit diesen Methoden, mit diesem Sound zerlegt man die Partei, bis nur noch sektiererische Bruchstücke bleiben. Daher interessiert es mich, ob der von Becker angeschlagene Ton die Unterstützung der beiden Gruppierungen hat, denen sein besonderes politisches Engagement gilt – nämlich „aufstehen“ und „Liebknecht-Kreis“. Eigentlich kann und möchte ich mir das nicht vorstellen, denn damit wäre diese wichtige politische Debatte beendet, wie die Geschichte von Max und Moritz: „Selbst der gute Onkel Fritze/ Sprach: ‚Das kommt von dumme Witze!‘“

# Neoliberalismus im Mantel der „LINKEN“

Ralf Becker zu Ausführungen des stellvertretenden Parteivorsitzenden Axel Troost in „Links!“ 07-08/2018 und „Sachsens Linke“



Syriza-Frontmann Alexis Tsipras

I.

Axel Troost lobt die „fast geräuschlos(e)“ Arbeit der Syriza-Regierung und feiert in seinem Artikel „Griechenland schafft wichtige Etappe auf steinigem Weg“ („Links!“ 07-08/2018, S. 1) die Rettung der Renditen und Dividenden der westlichen Banken und Anleger auf Kosten der griechischen „kleinen Leute“. Natürlich bleibe es schwierig bis unmöglich, die Auflagen der Geldgeber künftig zu erfüllen, nachdem die letzte Finanzspritze für Griechenland erfolgte. Troost: „Bis auf weiteres bleibt Griechenland eine Schuldenkolonie, die den Schuldendienst über die Belange der Bevölkerung stellen muss.“ Die deutsche Regierung hatte eine flexible Kopplung der Schuldentrückzahlung (bis 2032) an das griechische Wirtschaftswachstum verhindert. Was sind diese Belange? Sich satt zu essen, sichere Wohnung, behütet und gebildet aufwachsende Kinder, eine Arbeit, deren Einkommen, all das sichert ... alles dekadente Belange, die man dem Schuldendienst an Millionäre und Milliardäre opfern kann? Denn für Axel Troost ist ausgemacht, dass die „Rückkehr Griechenlands auf die Finanzmärkte“ nicht gefährdet werden darf. Jene Finanzmärkte, die uns ab 2008 eine Krise bescherten, deren Folgen manche Volkswirtschaften heute noch spüren und deren Kosten v. a. die „kleinen“ Steuerzahler zu tragen hatten! Wirf einen Gefesselten ins Meer (in Chile nach 1973 tat man das) – „gleichwohl endet nun die Ära ...“ (Troost), wo der Gefangene die Erniedrigungen und Foltern der Pinochet-Schergen ertragen musste ...

Axel Troost erwähnt nicht ein einziges Mal die Enteignung griechischer Arbeiter und Angestellten von ihrer Arbeits- und Lebensleistung – Rentenkürzung, den Verlust oder erhebliche Reduzierung des Gesundheitsschutzes für Hunderttausende, nicht den massenhaften Verlust von Existenzsicherheit und Einkommen sichernder Arbeit, redet nicht davon, dass die neuen Steuern wieder überproportional hoch die „kleinen Leute“ belasten, redet nicht vom massiven Unrecht, das hier in Finanzrecht umgesetzt wurde, weil diejenigen die Rechnung bezahlen müssen, die sie primär NICHT verursacht haben. Er redet nicht vom Widerstand dagegen in ganz Europa auf der politischen und gesellschaftlichen „LINKEN“, der nicht nur nicht hätte nachlassen dürfen, nein, sondern sich verstärken müsste – gerade durch das Tun der deutschen „LINKEN“! Nun, vielleicht ist ja alles gar nicht so schlimm und die griechische Regierung schafft das, weil es ihr leichter gemacht wurde von einigen (zehn)tausend Bürgern: Sie verzichteten gleich ganz auf ihren ohnehin kaum noch vorhandenen Anspruch aus der Arbeitslosen- und Rentenversicherung – durch SUIZID! Aber: Syriza/Tsipras haben nicht nur Finanzdiktat umgesetzt, sondern auch „überfällige Maßnahmen für den Aufbau eines modernen Staates“. Wow, welches Staatsverständnis artikuliert sich hier?!

Das, was Tsipras da rekonstruiert und stabilisiert, ist ein kapitalistischer Klassenstaat, einer der nun auch konsequent im Neoliberalismus ankommen

soll im Bereich des Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht. An den gesellschaftlich wirksamen Ergebnissen für die Lebensverhältnisse der übergroßen Mehrheit kann man es sehen, nicht an den wohl-gefeilten Worthülsen. Objektiv wird der Staat in seiner bestehenden Machtstruktur als kapitalistischer rekonstruiert und gestärkt. Der gesellschaftliche Widerstand wurde erheblich geschwächt, wenn nicht gebrochen. Das haben sog. „Linke“ in die Hand genommen wie seinerzeit die Schröder-Regierung in Deutschland. Was ist für die Veränderung gesellschaftlicher Kräfte-Verhältnisse hin zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Wandlung der Produktions- und Machtverhältnisse förderlicher? Ist es die „mitleidende“ Erfüllung neoliberaler Finanzpolitik und Ruhigstellung der Bevölkerung dadurch, „dass die griechische Regierung die letzten Programmauflagen fast geräuschlos umgesetzt hat“ (Troost)? Also der durch eine „linke“ Regierung darin sich „fast geräuschlos“ vollziehende Absturz von Massen in Elend und Existenzangst ...? Oder wäre es ein (ohnehin, wie zu sehen, nicht zu verhindernder) Absturz, der das revolutionäre Veränderungspotential gesteigert hätte ... (Hätte, hätte, Fahrradkette ...?) Aber über das Verhältnis „linker“ Politik zu den Massen, zum Verhältnis von (Regierungs-) Partei und Massenbewegung fällt A. Troost in diesem Zusammenhang ja nichts ein. (Darauf wird zurückzukommen sein – Erfurter Programm, Abschnitt 5, „Breite linke Bündnisse“).

„Syriza versucht, aus schwierigsten Umständen das Beste zu machen. Kompromisse zu schließen, aber seinen langfristigen Zielen treu zu bleiben, ist ein schwieriger Spagat, den wir LINKE aus

Regierungsbeteiligung in den Ländern und auf kommunaler Ebene kennen.“ Welche „langfristigen Ziele“? Don Quichotte blieb auch seinen „langfristigen Zielen treu“, die Welt hat's nicht gestört.

Meint Axel Troost aber das Erfurter Programm, so ist festzustellen, dass das nicht mehr viel miteinander zu tun hat. Denn „verantwortliche Politik ... unter begrenzten Spielräumen“ ist, wenn der politische und gesellschaftliche Einfluss der LINKEN und linker Ideen wächst. Wenn er sinkt, und das ist Tatsache (!), dann ist es kein „Verrat“, das stellt A. Troost richtig fest, es ist „NUR“ verantwortungsloses Tun und Geschwätz oder, sofern man sich als „Linker“ wähnt (unbewusst oder bewusst), politische Scharlatanerie. Die Ursachen liegen in der schleichenden Anpassung an den herrschenden Politbetrieb und die herrschenden politisch-ideologischen Theorien zur Erklärung der Gesellschaft – Apoletik. Dass darin keine wissenschaftliche Gesellschaftserkenntnis liegt, die wirklich über den bestehenden Zustand hinauszukommen vermag, wusste schon Marx.

II.

Hier verlassen wir die erste neoliberale Einlassung und kommen zur zweiten: „Aufstehen oder sitzen bleiben?“ in „Sachsens Linke“ 10/2018, S. 8. (Auch ich habe dazu in der Okt.-Ausgabe „Links!“ auf S. 10 geschrieben). Mit Blick auf jüngste Wahlergebnisse stellt Axel Troost die Frage, warum DIE LINKE nicht aus der Schwäche der SPD „profitieren“ (Wortwahl!) konnte. „Linke Bewegungen entstehen normalerweise von unten“, behauptet er, was er der „von oben“-Sammlungsbewegung entgegenstellt. Hat er die Nachkriegs-

entwicklung in der „Ostzone“ vergessen, die Entstehung des „sozialistischen Weltsystems“ im 20. Jahrhundert inklusive Kuba, die jüngeren Entwicklungen in Lateinamerika – Nikaragua, Venezuela, Bolivien? Massenbewegung latent, flackernd, Anlass- resp. Themenbezogene (Demos), oft auch eher ein Sehnen als ein, zumal organisiertes und gemeinsames, politisches Agieren. Erst ein organisatorisches Zentrum, eine Struktur verlieh Richtung, Geschlossenheit und Kraft. Und genau das ist jetzt der Versuch mit „#aufstehen“. In meinem o. g. Artikel zitierte ich das Erfurter Programm, Abschnitt 5 „Breite gesellschaftliche Bündnisse“. Aber anstatt sich anhand dessen mit dem grundlegenden Verhältnis von („linker“) Partei und (Massen-) Bewegung zu befassen, hält sich Axel Troost an den Gründungsproblemen, wie sie jede entstehende Bewegung hat, wie Kommunikation und Information, Personen, auf. Dazu bedient er das Stigma von Sahra W., das ihr von dieser Medienwelt über nun mittlerweile Jahrzehnte angeheftet wurde. Willkommen im neoliberalen Medienklub! (Hier ist nicht der Platz für notwendige und essentielle Kritik an S. Wagenknecht, hier geht es mir um gesellschaftspolitische Grundprozesse.)

Und wie voreingenommen blockiert muss man eigentlich sein, wenn man ständig gegen einen selber aufgebauten Popanz argumentiert, ob da eine neue Partei entstehe? Und da sei viel „Populismus“ mit „giftiger Schlagseite“. „In gesetzteren Kreisen“ (Wortwahl!) komme das „als Agit-Prop. und Spaltung an“ (A. Troost). Wir haben es da mit ähnlicher „Beton-Köpfigkeit“ bei den „Gesetzteren“ oder Eingesessenen und mit praktisch-organisatorischer Hilflosigkeit bei denen, die die Probleme klar sehen, zu tun, wie zu SED-Zeiten und insbesondere in der Schlussphase der DDR.

Aber anstatt gemeinsam nach guten und richtigen Lösungen zu suchen, treibt auch A. Troost den Spaltpilz. Ist es nicht merkwürdig und auch schlimm, dass eine „führende Linke“ eine solche Bewegung außerhalb ihrer Partei und ohne deren Unterstützung versucht, bleibt sie nicht ihren „langfristigen Zielen treu“, ihrem Parteiprogramm (s. o.), viel treuer, weil bisher alles politische Agieren von Verantwortlichen, ihres eingeschlossen, uns weg führte von der „Realisierungsnähe“ unserer „langfristigen Ziele“?

Fraktion und Partei würden Sahra W. nicht folgen – wahr daran ist, dass ein erheblicher Teil nicht schlechthin kritisch zu ihr eingestellt ist, sondern hasserfüllt, wie sich auf dem Leipziger Parteitag und durch den jüngsten Ausfall von Thomas Nord zeigte. Doch diesen Teil mit der „Fraktion und Partei“ gleichzusetzen ist exakt die Art, wie Honecker und Co. bis zuletzt gedacht haben. Gerade dieser Teil in seiner Unnahgierigkeit, Rechthaberei und Übergriffigkeit auf die innere institutionell-strukturelle Macht ist gegenwärtig spalterisch unterwegs! Und folgerichtig redet Axel Troost nur noch darüber, was man oder die Partei „müsste“. Der versöhnlerische Tenor des Schlusssatzes ist mindestens halbherzig. Axel Troost wird wohl sitzen bleiben. Ja, Klassenziel nicht erreicht!